

## Entwurf

Kreistag Bad Doberan

### **Protokoll der 22. öffentlichen Sitzung des Kreistages vom 21.05.2008**

**Beginn:** 15:00 Uhr  
**Ende:** 16:20 Uhr  
**Ort:** Großer Festsaal der Kreisverwaltung Bad Doberan

**Anwesenheit:**

Von den 53 Mitgliedern des Kreistages waren 37 Mitglieder anwesend, entschuldigt fehlten 14 Mitglieder: Hans-Joachim Bahls, Wilhelm Chmiela, Peter Faix, Wolfgang Gulbis, Ingeborg Göhring, Uwe Jablonski, Elfie Krüger, Ralf Nehls, Hartmut Polzin, Bernd Rausch, Willi Ruß, Birgit Schwebs, Peter Stein, Helga Westland und unentschuldigt fehlten 2 Mitglieder: Thomas Jenjahn und Ursula Noak.

An der Sitzung nahmen ca. 12 Bürger als Gäste teil.

**Zu TOP 1.:**

**Eröffnung der 22. Sitzung des Kreistages Bad Doberan und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

**Herr Prof. Dr. Panicke** begrüßte alle Kreistagsmitglieder sowie Gäste und stellte die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

15:05 Uhr – Ab diesem Zeitpunkt nahm Herr Liehr an der Sitzung teil.

**Der Kreistagspräsident** verlas die Mitglieder des Kreistages, die zwischen der 21. und 22. Sitzung Geburtstag hatten und gratulierte allen nachträglich.

Am Tag der Kreistagssitzung hatte Herr Wilhelm Chmiela Geburtstag. Da dieser nicht anwesend war, bat der Kreistagspräsident den Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Herrn Chmiela zu gratulieren und ihm die Blumen zu überreichen. Frau Ingeborg Göhring beging am 28.02.2008 ihren 60. Geburtstag. Sie war ebenfalls nicht anwesend. Deshalb bat er den Fraktionsvorsitzenden auch ihr im Namen des Kreistages die herzlichsten Glückwünsche und den Blumengruß zu übermitteln.

Herr Blotenberg erklärte sich bereit, Herrn Peter Stein die Glückwünsche des Kreistages und Blumen zum 40. Geburtstag zu überbringen. Herr Stein war durch die Teilnahme an einer Sitzung im Landtag an der Teilnahme im Kreistag verhindert.

**Herr Prof. Dr. Panicke** informierte darüber, dass Frau Sabine Blotenberg, die auf der letzten Kreistagssitzung in den Gesundheits- und Sozialausschuss gewählt wurde, ihr Mandat als sachkundige Einwohnerin niedergelegt hat, da sie seit dem 01.05.2008 Angestellte des Landkreises Bad Doberan ist und somit die Tätigkeit im Ausschuss nicht mehr ausüben darf. Auch ihr Mandat als Mitglied im Gesundheitsausschuss des Landkreistages legt sie nieder.

(lt. Schreiben Frau Blotenberg vom 10.05.2008)

Somit sind diese Funktionen neu zu besetzen. Das Vorschlagsrecht hat die CDU-Fraktion.

**Der Kreistagspräsident** wies darauf hin, dass die Fahrkostenabrechnung für das 1. Halbjahr 2008 bald fällig ist und die Abrechnung nur rückwirkend bis zu 6 Monaten erfolgen kann. Weiter zurückliegende Fahrten können bei der Abrechnung nicht mehr berücksichtigt werden.

Weiterhin machte der **Kreistagspräsident** auf das Schreiben an den Vorsitzenden des Innenausschusses Herrn Ringguth betreffs Neustrukturierung der Landkreise aufmerksam, das auf den Plätzen der Kreistagsmitglieder ausgelegt wurde.

**Anmerkung:**

Allen Kreistagsmitgliedern, die nicht an der Sitzung teilnahmen, wurde dieses Schreiben per Post zugeschickt.

Anschließend ließ **Herr Prof. Dr. Panicke** über die Tagesordnung abstimmen.

Die Kreistagsmitglieder **stimmten** nachfolgender Tagesordnung **einstimmig zu:**

1. Eröffnung der 22. Sitzung des Kreistages Bad Doberan, Bestätigung der

### Ladungsfristen und Feststellung der Beschlussfähigkeit

2. Bestätigung des Protokolls der 21. Sitzung des Kreistages Bad Doberan vom 30.01.2008
3. Bericht des Landrates
4. Bericht des Geschäftsführers Jobzentrum Landkreis Bad Doberan, Herr Gerhard Grösch  
„ARGE nach dem Gerichtsurteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 20. Dezember 2007“
5. Beschluss über die Gültigkeit der Landratswahl im Landkreis Bad Doberan am 13.04.2008
6. 9. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung des Landkreises Bad Doberan

#### **Zu TOP 2.:**

##### **Bestätigung des Protokolls der 21. Sitzung des Kreistages Bad Doberan vom 30.01.2008**

Das Protokoll der 21. Sitzung des Kreistages Bad Doberan vom 30.01.2008 wurde **mehrheitlich bestätigt**.

#### **Zu TOP 3.:**

##### **Bericht des Landrates**

Der Bericht des Landrates liegt schriftlich im Büro des Kreistages vor.

#### **Schwerpunkte des Berichtes:**

- Informationen zur Kreisgebietsreform  
Der Landrat dankte allen Verantwortungsträgern, die seit der letzten Kreistagssitzung für einen starken Kreis um die Hansestadt Rostock geworben haben.  
Über den Stand der Gespräche betreffs Neustrukturierung der Landkreise haben der Landrat und der Kreistagspräsident, in Beantwortung des Schreibens des Innenministers vom 24. April 2008, in einem gemeinsamen Schreiben den Innenminister, die Landtagsfraktionen, den Vorsitzenden der Enquetekommission sowie den Vorsitzenden des Innenausschusses informiert.  
In diesem Schreiben wurde dargestellt, dass in den Gesprächen mit allen Fraktionen des Kreistages Einigkeit darüber erzielt wurde, nach Möglichkeiten zu suchen, den Landkreis Bad Doberan in seiner heutigen Form moderat zu erweitern. Es wurde ein Modell für einen leistungsstarken Großkreis um die Hansestadt Rostock entwickelt, das über Parteigrenzen hinweg getragen wird. Deshalb haben der Landrat und der Kreistagspräsident den Innenminister und die Landesregierung ganz ausdrücklich darum gebeten, diese Ideen bei der Gestaltung des Gesetzesentwurfes unbedingt zu berücksichtigen.  
Auch die haupt- und ehrenamtlichen Bürgermeister haben dieses Schreiben zur Kenntnis erhalten und wurden um ihre Stellungnahme zum Gesetzesentwurf gebeten.
- Informationen zum Tarifabschluss im öffentlichen Dienst und seine Auswirkungen  
In seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Kommunalen Arbeitgeberverbandes Mecklenburg-Vorpommern hatte Herr Leuchert an den Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst teilgenommen und informierte über die Ergebnisse.  
Am 31. März haben sich die Tarifvertragsparteien auf einen Tarifabschluss verständigt. Er beschränkte sich in seinen Ausführungen auf die maßgeblichen Punkte für „unsere“ Beschäftigten im öffentlichen Dienst.  
Er wies darauf hin, dass das Geld, das an „unsere“ Mitarbeiter nun mehr gezahlt werden muss, nicht in der Höhe im Haushalt geplant ist. Es wurde eine gewisse Steigerung bei der Haushaltsplanung berücksichtigt, aber mit einem solchen Tarifabschluss wurde nicht gerechnet. Für den Landkreis ergibt sich für 2008 ein Mehrbedarf in Höhe von 750.000 Euro, 2009 sind 1,6 Mio. Euro erforderlich. 100.000 Euro wurden für 2008 nur eingeplant, so dass noch 650.000 Euro fehlen. Erste Maßnahmen wie z. B. noch akribischere Prüfung bei Stellenbesetzungen, Aufruf an die Beschäftigten betreffs Einsparung an Sachkosten (wie etwa Büromaterial) Reserven sind bei Heizkosten sowie Strom- und Wasserverbrauch zu

erschließen. Auch die Frage der Gebührenerhöhung muss in die Überlegungen einbezogen werden. Der Personalrat hat dem Landrat bei den bevorstehenden Maßnahmen seine Unterstützung signalisiert.

Erfreulich ist beim Tarifabschluss die Tatsache, dass das Tarifgebiet Ost in der Bezahlung für die Beschäftigten bis zur Entgeltgruppe 9 nicht mehr existiert. Sie erhalten nunmehr endlich gleiches Geld für gleiche Arbeit.

Weniger erfreulich empfand der Landrat, dass man sich nicht darauf einigen konnte, die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit anzupassen.

- Bekanntgabe der Antwort auf die Anfrage von Herrn Hinz in der Kreistagssitzung vom 30.01.2008 (siehe vorliegender Bericht!)

15:15 Uhr – Ab diesem Zeitpunkt nahm Herr Marklein an der Sitzung teil.

**Herr Dr. Kischel** äußerte, dass seine Fraktion der Meinung ist, wenn schon solche konkreten Vorstellungen zur Kreisentwicklung erarbeitet worden sind, diese auf die Tagesordnung des nächsten Kreistages zu setzen.

**Der Landrat** wies darauf hin, dass es in der Zwischenzeit eine Anfrage des Innenministers gibt, die er auch an die Ämter, Städte und amtsfreien Städte und Gemeinden geschickt hat, dass diese noch einmal Stellung zum Gesetzesvorhaben nehmen sollen. Hier wurden konkretere Punkte vom Innenminister genannt, auf die der Landkreis noch konkreter eingehen will.

Den Vorschlag von Herrn Dr. Kischel begrüßte der Landrat. Er teilte mit, dass er, wenn ein Entwurf vorliegt, die Fraktionsvorsitzenden zur Diskussion einlädt.

#### **Zu TOP 4.:**

#### **Bericht des Geschäftsführers Jobzentrum Landkreis Bad Doberan, Herrn Gerhad Grösch „ARGE nach dem Gerichtsurteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 20. Dezember 2007“**

Der Bericht des Geschäftsführers Jobzentrum Bad Doberan (Inhalt der Folien) liegt im Büro des Kreistages vor.

**Schwerpunkte** des Berichtes des Geschäftsführers waren die Problemdarstellung, die Entwicklung der Hilfebedürftigkeit anhand der Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften, der Entwicklung der Anzahl der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen, der Entwicklung der Leistungen für Unterkunft und Heizung in der Zeit von 2005 bis 2008 und die Situation der Verwaltung anhand der Personalverteilung im Jobzentrum Landkreis Bad Doberan und der Kostenstrukturen im SGB II.

Ein weiterer Schwerpunkt war die Zusammenfassung der Aussagen des Bundesverfassungsgerichtes, und die Darstellung der Varianten zur Umsetzung des Verfassungsgerichtsurteils und die Unterbreitung von Vorschlägen zur weiteren Vorgehensweise.

#### **Varianten zur Umsetzung des Verfassungsgerichtsurteils:**

**Option** – Gesamtorganisation des SGB II im Landkreis Bad Doberan wird durch den Landkreis wahrgenommen.

**Kooperatives Jobcenter** – Die Aufgabenträgerschaft des SGB II bleibt erhalten. Die Verwaltungsaufgaben (Bescheide) werden getrennt, aber unter einem Dach erledigt. Es gibt 2 Leiter. Ein Kooperationsrat übernimmt die Aufgaben der Gesellschafterversammlung (freiwillige Bindung).

**Weiterbestehen der ARGE** – Gesamtorganisation des SGB II im Landkreis Bad Doberan wird durch die Bundesagentur für Arbeit (AA HRO) und durch den Landkreis gemeinsam wahrgenommen.

**Getrennte Trägerschaft** – Der Landkreis nimmt nur die Aufgaben nach § 22 (KdU); § 23 Abs. 3 (Erstausstattungen/Klassenfahrten) und § 16 Abs. 2 (Betreuung/Sozialberatung) wahr.

**Zuordnung zu einem Träger** – Gesamtorganisation des SGB II wird einem Träger komplett übertragen (Bundesbehörde, Landesbehörden oder Kommunen).

**Sonstige Kooperationsmodelle** – Gesamtorganisation des SGB II wird durch mehrere Träger wahrgenommen. Die Träger vereinbaren einen verbindlichen Grad der Zusammenarbeit. (Mischung aus kooperativem Jobcenter und ARGEen)

Zu allen Varianten informierte **Herr Grösch** über die rechtliche Situation sowie die Vor- und Nachteile der einzelnen Variante.

**Herr Grösch** unterbreitete nachfolgende Vorschläge zur weiteren Vorgehensweise: Verlängerung des bestehenden ARGE-Vertrages bis zum 31.12.2010, Entscheidung über die Inanspruchnahme des § 6 a SGB II (Option), Entscheidung über die Form der Zusammenarbeit, wenn die Option nicht gewollt bzw. abgelehnt wird und die Entscheidung über die Organisation der eigenen Aufgaben.

Auf der 85. Sonderkonferenz der Arbeits- und Sozialminister wurde eingeschätzt, dass die ARGEN und Optionskommunen auf dem Weg der Umsetzung des SGB II erfolgreich waren.

Es wurde beschlossen, das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes unter folgenden Prämissen umzusetzen:

- Hilfen aus einer Hand
- effiziente, transparente und bürgerfreundliche Verwaltung
- aktive Rolle von Ländern und Kommunen im SGB II
- Neuorganisation ohne Finanzverschiebungen.

Es wurde festgestellt, dass der Vorschlag zu kooperativen Jobcentren nicht ausreichend ist und dies nur einen Vorschlag darstellt, die Zusammenarbeit zwischen Bund und Kommunen zum Regelmodell werden soll und zur Ausweitung und Entfristung der Option ein Dissens besteht.

Im Punkt 6 des Beschlusses der Sonderkonferenz heißt es:

„Die Minister ... der Länder sind der Auffassung, dass ... die bis zum 31. Dezember 2010 eingeräumte Frist auf keinen Fall ausgeschöpft werden sollte.“

Sie fordern den Bund auf, eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe unter Beteiligung des BMAS und anderer zuständiger Bundesressorts sowie der kommunalen Spitzenverbände einzurichten. Die Arbeitsgruppe soll bis Ende Juni die erforderlichen gesetzlichen und ggf. grundgesetzlichen Anpassungen erarbeiten.

Vorschlag: Der Landkreis Bad Doberan sollte sich die Zeit nehmen und die Ergebnisse der genannten Arbeitsgruppe als Grundlage für die weiteren Entscheidungen nehmen.

**Der Kreistagspräsident** stellte an Herrn Grösch folgende Fragen:

- „Können wir es selber besser machen?“
- „Wie hoch ist das Risiko dafür finanziell, wenn sich der Kreis für die Option entscheidet?“

**Herr Grösch** antwortete, dass bei einem Wechsel vom jetzigen Modell ARGE zur Option mehr als die Hälfte der Personen neu sein werden, die Tätigkeiten nicht sofort auf gleichem Niveau weitergeführt werden können und es erst einmal zu einem Abbruch in der Qualität kommen wird.

Das betrifft die Qualität der Auszahlung bei den passiven Leistungen und die Arbeit in der Vermittlung. Die Qualität bei der Auszahlung der passiven Leistungen wird sich natürlich wieder verbessern. In der Vermittlungsarbeit kann der Landkreis innerhalb des Landkreises nach einer Anlaufphase sicher ähnlich gute oder sogar bessere Ergebnisse als jetzt erzielen. In der bundesrepublikweiten Vermittlung kann man die Qualität der BA sicher nicht erreichen. Notwendig ist dann eine Zusammenarbeit mit der BA.

Das finanzielle Risiko nimmt schon allein dadurch zu, dass die Verantwortung von jetzt etwa 20-25 Mio. € auf dann etwa 70 Mio. € zunehmen wird. (Auf die Problematik einer dauerhaften jährlichen Erstattung der Kosten durch den Bund/das Land wurde schon im Vortrag hingewiesen.) Für den Geschäftsführer ist es natürlich leichter, wenn nur noch der Kreis das Sagen hat.

**Der Kreistagspräsident** dankte Herr Grösch für seine Ausführungen und teilte mit, dass die Diskussion darüber in den Fraktionen weitergeführt wird.

**Um 16:00 Uhr** – unterbrach der **Kreistagspräsident** die Kreistagssitzung zur **Bürgerfragestunde**.

**Herr Roland Dethloff** bat um Klärung folgender Fragen:

1. Ist es richtig, dass ab Schuljahr 2008/2009 der Schülerverkehr für die Gymnasiasten des Gymnasiums in Bad Doberan ausschließlich mit Bussen erfolgt, und eine kostenfreie Nutzung der Bahn nicht mehr möglich ist?

2. Wie hoch ist der Kostenaufwand für die Bereitstellung der Kombitickets?
3. Wie viele Schüler nutzen derzeit das Kombiticket?
4. Sind die Küstenbus GmbH und ihre Verbundpartner im Schülerverkehr in der Lage, die dann noch steigende Zahl an Schülern unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu befördern?

**Herr Dr. Kraatz** teilte mit, dass die sehr detailliert gestellten Fragen schriftlich beantwortet werden. „Vom Grundsatz her ist es so“, antwortete Herr Dr. Kraatz, „dass die Regionalverkehr Küste diese Kulanzlösung, die bisher da gewesen ist, für das kommende Schuljahr nicht mehr gewähren will.“

**16:05 Uhr** setzte **Herr Prof. Dr. Panicke** die Sitzung fort.

#### **Zu TOP 5.:**

#### **Beschluss über die Gültigkeit der Landratswahl im Landkreis Bad Doberan am 13.04.2008**

**Der Kreistagspräsident** gab bekannt, dass nach § 17 Kommunalwahlgesetz der Kreistag über die Gültigkeit der Landratswahl am 13.04.2008 im Landkreis Bad Doberan zu beschließen hat.

Die Wahl des Landrates ist am 13. April 2008 erfolgt.

1. Der Kreiswahlausschuss hat in seiner öffentlichen Sitzung am 16.04.2008 das endgültige Wahlergebnis für die Landratswahl im Landkreis Bad Doberan ermittelt und folgende Feststellungen getroffen:
 

Zahl der Wahlberechtigten	101.981
Zahl der Wähler	31.867
Zahl der gültigen Stimmen	31.120
Zahl der ungültigen Stimmen	747
  
2. Die Zahl der gültigen Stimmen für jeden Bewerber:
 

Schwebs, Birgit, DIE LINKE	6.814
Leuchert, Thomas-Jörg, SPD	20.579
Marklein, Steffen, GRÜNE	3.727
  
3. Nach § 64 Abs. 2 Kommunalwahlgesetz ist gewählt, wer mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen erhalten hat. Der Kreiswahlausschuss stellte fest, dass der Bewerber **Thomas-Jörg Leuchert** die höchste Stimmenzahl erreicht hat und damit zum **Landrat** gewählt wurde.
  
4. Gegen die Gültigkeit der Wahl kann jeder Wahlberechtigte des Wahlgebietes binnen einer Ausschlussfrist von zwei Wochen nach Bekanntmachung des Wahlergebnisses Einspruch erheben (§ 43 Kommunalwahlgesetz Mecklenburg-Vorpommern). Der Einspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift unter Angabe der Gründe beim Wahlleiter zu erheben. Der Wahleinspruch hat keine aufschiebende Wirkung.

Das endgültige Wahlergebnis zur Landratswahl am 13. April 2008 im Landkreis Bad Doberan wurde am 14. Mai 2008 im „Amtlichen Mitteilungsblatt des Landkreises Bad Doberan“ veröffentlicht, die Wahleinspruchsfrist endet somit am 28. Mai 2008.

Der Kreistag hatte nun die Aufgabe, die Gültigkeit der Landratswahl zu beschließen.

#### **Beschluss-Nr. 187 – 22/2008**

**Der Kreistag beschließt die Gültigkeit der Landratswahl im Landkreis Bad Doberan am 13.04.2008, vorausgesetzt innerhalb der Einspruchsfrist (bis 28.05.2008) geht kein Wahleinspruch ein.**

Die Kreistagsmitglieder **stimmten** dem Beschlussvorschlag **einstimmig zu**.

**Der Kreistagspräsident** bedankte sich bei allen Kandidaten, die sich dem demokratischen Prozess der Wahl unterzogen haben. Er gratulierte dem Landrat Thomas Leuchert zur erneuten Wiederwahl und überreichte ihm einen Blumenstrauß.

Bei den beiden anderen Bewerbern (Frau Schwebs und Herrn Marklein) bedankte sich der **Kreistagspräsident** für die Bereitschaft zu kandidieren ebenfalls mit einem Blumenstrauß. Da Frau Schwebs nicht an der Kreistagsitzung teilnehmen konnte, wurde der Fraktionsvorsitzende, Herr Dr. Kischel, gebeten, ihr den Blumenstrauß und den Dank zu übermitteln.

Anmerkung: Die Einspruchsfrist wurde abgewartet; es wurde kein Wahleinspruch eingelegt.

#### **Zu TOP 6.:**

#### **9. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung des Landkreises Bad Doberan**

Über- und außerplanmäßige Ausgaben machen sich zum überwiegenden Teil für pflichtige, unabweisbare Aufgaben im sozialen Bereich erforderlich. Dieser Mehrbedarf ist meist nicht langfristig vorhersehbar, schon gar nicht infolge notwendiger Umbuchungen zum Jahresabschluss. Dadurch ist es auch nicht möglich, dem Kreistag bzw. Kreisausschuss rechtzeitig, vor dem Vollzug der Ausgaben, diese über- und außerplanmäßigen Ausgaben zur Beschlussfassung vorzulegen.

Der Landrat muss vorab bewilligen und Kreisausschuss bzw. Kreistag können nur noch nachträglich zustimmen. Eine doppelte Bearbeitung der Anträge ist erforderlich. Eine zeitnahe Zustimmung durch den eigentlich Zuständigen kann nur in den wenigsten Fällen erfolgen.

Deshalb wurde von der Verwaltung vorgeschlagen, die Wertgrenzen für die Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Ausgaben durch den Landrat und den Kreisausschuss wie folgt zu ändern.

Zustimmung bis zu einem Wertumfang von 100.000 Euro durch den Kreisausschuss (bisher: 50.000 €)  
Zustimmung bis zu einem Wertumfang von 25.000 Euro durch den Landrat (bisher: 10.000 €)

**Herr Dr. Kischel** unterbreitete nach Rücksprache mit seiner Fraktion den Vorschlag, die Zustimmung durch den Kreisausschuss bis zu einem Wertumfang auf 100.000 Euro zu ändern und die Zustimmung durch den Landrat bei wie bisher 10.000 Euro zu belassen.

Da es Unstimmigkeiten zu den Abstimmungsmodalitäten gab, beantragte Herr Dr. Schmidt eine Auszeit, damit die Fraktionsvorsitzenden kurzfristig zu einer gemeinsamen Lösung kommen konnten.

#### **15:15 – 15:17 Uhr – Pause**

Die Fraktionsvorsitzenden stimmten dem Vorschlag des Kreistagspräsidenten zu, eine getrennte Abstimmung vornehmen zu lassen.

Der Änderung auf Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Ausgaben durch den Kreisausschuss bis zu einem Wertumfang von 100.000 Euro **stimmten alle** Kreistagsmitglieder zu.

Der Änderung auf Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Ausgaben durch den Landrat bis zu einem Wertumfang von 25.000 Euro wurde **mehrheitlich**, bei 7 Gegenstimmen und 1 Enthaltung, **zugestimmt**.

#### **Beschluss-Nr. 188 – 22/2008**

**Auf Grund des § 92 Abs. 2 der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (KV M-V) beschließt der Kreistag die 9. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung des Landkreises Bad Doberan.**

**Der § 17 Abs. 1, Nr. 7 erhält folgende Fassung:**

**Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Ausgaben bis zum Wert von 100.000 EUR (25.000 EUR) im Einzelfall.**

Dem vorgenannten Beschlussvorschlag wurde **mehrheitlich** bei 3 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen **zugestimmt**.

16:20 Uhr – Ende der Kreistagssitzung

gez. Prof. Dr. Lothar Panicke  
Kreistagspräsident

gez. Hannelore Rozycki  
Protokollführerin